

PM „Entlastung für die Kommunen – Umlagesatz senken!“

Aachen, den 31. Oktober 2012

Auch wenn die neuen Zahlen des Gemeindefinanzgesetzes keine generelle Entwarnung geben, so lassen diese doch Spielraum für eine Entlastung der Städte und Gemeinden in der Region.

Die Städteregion wird aller Voraussicht nach das nächste Jahr mit einem Überschuss von 7,4 Mio. € anstelle eines Defizits von fast 10 Mio. € abschließen. Gründe dafür sind höhere Schlüsselweisungen des Landes NRW und höhere Einnahmen aus der Regionsumlage. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dieser finanzielle Spielraum den regionsangehörigen Kommunen zu Gute kommt. Beispielsweise könnte dies erreicht werden, indem der Umlagesatz in 2013 nicht, wie im letzten Doppelhaushalt festgelegt, steigen wird. Vielmehr könnte er so verwendet werden, dass die angesetzten Einnahmen aus der Regionsumlage des Doppelhaushalts (ca. 308 Mio. € auch für 2013) als Grundlage dienen. Damit bräuchte der Umlagesatz nicht auf 45,343% steigen, sondern er könnte sogar auf 43,135% gesenkt werden.

Besonders die unter dem Stärkungspakt leidenden Städte Stolberg und Würselen brauchen eine finanzielle Entlastung, indem sie nächstes Jahr nicht mehr Regionsumlage abführen müssen.

Die vergleichsweise positiven Zahlen für das nächste Jahr dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Kommunen in NRW strukturell unterfinanziert sind. Eine Ursache hierfür ist die Missachtung des Konnexitätsprinzips - Bund und Länder wälzen immer mehr Aufgaben auf die Städte und Gemeinden ab, ohne die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Insgesamt muss das Steueraufkommen gestärkt und zwischen Bund, Ländern und Kommunen fundamental anders verteilt werden.

DIE LINKE erwartet von Städteregionsrat und Verwaltung für den nächsten Städteregionstag einen praktikablen Vorschlag im Sinne der 10 regionsangehörigen Kommunen und darüber hinaus Initiativen zur dauerhaften Verbesserung der Haushaltssituation, die wegführen von den bisherigen einseitigen „Sparbemühungen“ zulasten von Mitarbeitern und Bürgerservice.

Harald Siepmann